Stand: 13.12.2025 08:19:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9927

"Staatliche Immobilienverwaltung neu aufstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9927 vom 04.02.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10625 des HA vom 16.02.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10839 vom 07.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 07.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 04.02.2016 **Drucksache 17/9927**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Staatliche Immobilienverwaltung neu aufstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) neu zu strukturieren, um durch ein verbessertes Management eine Kostensenkung innerhalb der bayerischen Immobilienverwaltung, eine Optimierung der Nutzung und die Vermeidung von Leerständen zu erreichen.

Begründung:

In ihrer Selbstdarstellung auf http://www.immobilien.bayern.de bezeichnet sich die IMBY als „Kernstück des Projekts „Verwaltung 21“, das moderne Verwaltungsstrukturen für ein auch zukünftiges wettbewerbsfähiges und erfolgreiches Bayern schafft“.

An den Ergebnissen ihrer Arbeit lässt sich das nicht darstellen. Ziele der IMBY sollten sein, durch besseres Management der Nutzung staatlicher Immobilien Kosten für Mietausgaben und Nebenkosten zu senken, Leerstände zu vermeiden. In der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Claudia Stamm vom 9. Juli 2015 betreffend Arbeit der bayerischen Immobilienverwaltung Drs. 17/8174 hat die Staatsregierung eingeräumt, dass die IMBY über die Entwicklung der Leerstände keine Angaben machen kann, da die Daten nicht vorliegen. Auch über die Entwicklung der vom Freistaat Bayern angemieteten Räume ist die IMBY nicht in der Lage zu informieren. Klar ist nur, dass sich die Ausgaben für Mieten und Pachten seit dem Jahr 2006 um mehr als 50 Prozent erhöht haben. Auch bei der Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge ist die IMBY gegenüber den Kommunen wenig hilfreich. Sie ist gegenüber den Kommunen nicht pro aktiv tätig geworden und es gibt trotz des großen Bedarfs weiterhin Leerstände.

Ein Mehrwert durch die IMBY gegenüber den früheren Ressortzuständigkeiten ist aus diesen von der IMBY gelieferten Daten daher nicht erkennbar. Die Erwartungen in die IMBY haben sich nicht erfüllt. Die Kosten sind gestiegen, Verbesserungen nicht belegbar. Die IMBY muss daher umgehend neu aufgestellt werden. Zur Optimierung des staatlichen Immobilienmanagements muss sie erstens einen Überblick über die Entwicklung ihrer eigenen Kennzahlen haben und zweitens die Immobiliennutzung innerhalb und zwischen den Ressorts besser koordinieren. Sollte es in absehbarer Zeit zu keinen Verbesserungen kommen, sollte die IMBY aufgelöst und die Zuständigkeiten wieder auf die Ressorts übertragen werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.02.2016 **Drucksache** 17/**10625**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**9927**

Staatliche Immobilienverwaltung neu aufstellen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Claudia Stamm**
Mitberichterstatter: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 97. Sitzung am 16. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.04.2016 **Drucksache** 17/**10839**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**9927**, 17/**10625**

Staatliche Immobilienverwaltung neu aufstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Claudia Stamm
Abg. Hans Herold
Abg. Harald Güller
Abg. Alexander Muthmann

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatliche Immobilienverwaltung neu aufstellen (Drs. 17/9927)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Stamm für die Fraktion der GRÜNEN. Für die Fraktionen steht eine Gesamtredezeit von 24 Minuten zur Verfügung.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! In der Selbstdarstellung der Immobilien Freistaat Bayern ist zu lesen, "die Immobilien Freistaat Bayern ist ein Kernstück des Projekts ‚Verwaltung 21', das moderne Verwaltungsstrukturen für ein auch zukünftiges wettbewerbsfähiges und erfolgreiches Bayern schafft." Wenn so das "wettbewerbsfähige Bayern" aussehen sollte, dann gute Nacht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie die Antwort auf meine Anfrage zeigt, weiß die Immobilien Freistaat Bayern nichts. Zur Frage nach dem Leerstand: Es gibt kein Leerstandskataster. Zur Frage nach gewissen Kennzahlen: Auch diese Frage konnte nicht beantwortet werden. Die Frage nach den Flächen konnte ebenfalls nicht beantwortet werden. Außerdem sind die Mieten überdurchschnittlich hoch gestiegen. – Wo bitte ist diese Behörde eine effiziente Verwaltungseinheit? Dort sind nicht einmal die Kennzahlen bekannt, die die Grundlage des Geschäftes bilden.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, einer anderen Baustelle, die aber die gleiche Behörde betrifft. Die kommunale Ebene übernimmt staatliche Aufgaben; sie muss und will Asylbewerberinnen und Asylbewerber unterbringen. Hilft ihnen die staatliche Behörde IMBY, die Immobilienverwaltung, dabei? – Fehlanzeige. Landshut: Dort gibt es ein leerstehendes JVA-Gebäude. Herr Minister Söder, der jetzt wieder im Gespräch

vertieft ist, hat vor Ort gesagt, die IMBY sollte doch bitte der Kommune dieses Gebäude überlassen, um dort die Unterbringung für Asylbewerber leisten zu können. – Fehlanzeige. Führt die IMBY vielleicht ein Eigenleben?

Ein weiteres Beispiel: In der Stadt Wasserburg war bereits eine Turnhalle belegt. Dort war die Rede davon, dass die zweite Turnhalle belegt werden müsste. Davon wäre der Basketball-Bundesligaverein betroffen gewesen. Allerdings gibt es in Wasserburg ein riesiges staatliches Gelände mit einem Gebäude, das leer steht. – Wieder kam nichts von der IMBY.

Ein weiteres Beispiel. Es ist schade, dass die Staatsministerin nicht mehr da ist. Sie könnte ein Hohes Lied von der ehemaligen PI, der Polizeiinspektion Holzkirchen singen. Herr Weidenbusch, vielleicht interessiert Sie das auch. Der Staat hat das Gelände, auf dem dieses kommunale Gebäude steht, gebraucht. Die Kommune ist im Gegenzug davon ausgegangen, dass sie das ehemalige staatliche PI-Gebäude bekommen kann, weil sie ein Interesse daran hatte. Sprich: Die eine Ebene, die Kommune, hilft dem Staat; umgekehrt geht die Kommune davon aus, dass sie dafür auch etwas vom Staat bekommt. – Wieder Fehlanzeige. Nicht nur, dass die Kommune Holzkirchen dieses Gebäude nicht bekommen hat; die IMBY hat auch jahrelang nichts von sich hören lassen und nicht reagiert. Die Verhandlungen laufen weiter, weil die Kommune an diesem Gebäude interessiert ist, um dort Asylbewerberinnen und Asylbewerber unterzubringen. – Fehlanzeige.

Ein anderes Beispiel: Ein Abgeordneter schreibt eine Mail an die IMBY und bekommt nicht einmal eine Antwort. Jetzt stellt sich die Frage: Warum handelt die IMBY so? Wir wollen mit unserem Dringlichkeitsantrag nur erreichen, dass wir alle darüber nachdenken, wie diese angeblich effiziente Verwaltung endlich effizient werden kann. In diesem Saal kann niemand behaupten, dass eine Behörde, die keine Kennzahlen und kein Leerstandskataster hat und die die Mieten nicht senkt, sondern anhebt, effizient sein kann. Hier können Sie mir nicht widersprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal an Sie appellieren, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Wenn Sie das nicht tun, fallen Sie damit Ihren eigenen Kommunalos in den Rücken. Der Bürgermeister von Holzkirchen ist ein CSU-Bürgermeister. Ich habe nicht nur mit GRÜNEN oder SPDlern geredet. Sie würden damit Ihren Kommunalos in den Rücken fallen. Der Unmut über diese Behörde ist quer durch alle Parteien riesig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fordere Sie deshalb noch einmal eindringlich auf, heute unserem Dringlichkeitsantrag, über den wir namentlich abstimmen lassen, zuzustimmen und die IMBY auf neue Füße zu stellen.

Ehrlich gesagt verstehe ich die Aufregung nicht. Wir wollen die IMBY nicht abschaffen, sondern wir wollen erreichen, dass sie effizient arbeitet. Wir wollen die IMBY mit diesem Antrag noch nicht auflösen. Seien Sie nicht die ewige Neinsager–Partei, und stimmen Sie unserem Antrag zu. Stehen Sie einer notwendigen Reform nicht im Wege!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Der nächste Redner ist Herr Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben schon vor einiger Zeit im Haushaltsausschuss über diese Thematik diskutiert. Ich kann die Aussagen der Kollegin Claudia Stamm oder auch ihre gefühlten Erfahrungen nicht bestätigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich sage Ihnen, dass Sie hier ein völlig falsches Bild der IMBY malen. Natürlich gibt es bei der IMBY, wie in jeder Behörde und in jedem Unternehmen, Verbesserungsmöglichkeiten. Daran wird natürlich auch gearbeitet. Allerdings kann man nicht auf der Grundlage von Einzelfällen, wie sie hier soeben geschildert wurden, gleich eine komplette Strukturveränderung oder eine Neuaufstel-

lung verlangen. Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich mich deshalb ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer IMBY für ihre wichtige und gute Arbeit bedanken. Dies tue ich insbesondere im Wissen um die großen Aufgaben der IMBY.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, generell und aus meiner persönlichen Erfahrung als Kommunalpolitiker stelle ich fest, dass das breite Aufgabenfeld durch die IMBY gut abgedeckt ist. Die IMBY leistet ein effizientes ressortübergreifendes Immobilienmanagement für alle staatlichen Liegenschaften in einer Hand. Das möchte ich betonen.

Die Kollegin hat soeben massiv die fehlende Zusammenarbeit mit den Kommunen, vor allem im Hinblick auf die Flüchtlingssituation kritisiert. Frau Kollegin Claudia Stamm, ich weiß nicht, ob Sie auch kommunalpolitische Verantwortung haben. Als Kreisrat und stellvertretender Landrat sage ich Ihnen, dass der Vorwurf, wonach die Kommunen, insbesondere bei der Anmietung von Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingen, keine Unterstützung erfahren würden, falsch und völlig abwegig ist. Möglicherweise gibt es hier irgendwelche Einzelfälle. Das will ich gar nicht abstreiten. Im Großen und Ganzen ist die Zusammenarbeit jedoch sehr gut. Ich habe in der Kommunalpolitik eine völlig andere Erfahrung gemacht. Das gilt nicht nur für die Frage der Flüchtlinge, sondern auch für das Thema der Behördenverlagerung sowie die Unterstützung der Kommunen in anderen Angelegenheiten.

Die IMBY bietet fortlaufend alle verfügbaren und für die Unterbringung von Asylbewerbern irgendwie geeigneten staatseigenen Grundstücke den Regierungen, den Landkreisen und den Kommunen an. Damit ist auch der Vorwurf in Ihrem Dringlichkeitsantrag, den Sie soeben erwähnt haben, die IMBY unterstütze die Kommunen nicht proaktiv bei der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge, ohne Substanz.

Im Haushaltsausschuss haben wir ausführlich den Vorwurf bezüglich der Leerstände oder der angeblichen Leerstände im Immobilienbestand diskutiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mir die Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage angesehen. Die Leerstandsquote beträgt demnach lediglich 0,2 %, wovon 0,12 % auf ein größeres Objekt im Regierungsbezirk Oberpfalz entfallen. Angesichts dieser Zahl können Sie nicht behaupten, dass Leerstände gegeben sind. Die Leerstandsquote liegt bei nur 0,2 %. Das bedeutet konkret: Im Immobilienbestand gibt es so gut wie keinen Leerstand. Das ist eine klare Aussage der Staatsregierung.

Natürlich ist ein gewisser Leerstand unvermeidbar. Ich denke, die Arbeit der IMBY muss an diesem marginalen Leerstand, der gut ist, bemessen werden und nicht an einer Statistik.Es kann auch nicht die Aufgabe der Liegenschaftsverwaltung sein, zahlreiche und auch umfassende Statistiken zu führen. Wir sprechen immer wieder von Entbürokratisierung oder Bürokratieabbau. Ich meine, das ist nicht der entscheidende Punkt.

Der nächste Punkt, den Sie angesprochen haben, Frau Kollegin Claudia Stamm, war die Erhöhung der Kosten für Mieten und Pachten seit dem Jahr 2006. Zwischenzeitlich sind zehn Jahre vergangen. Man kann doch nicht die Zahlen aus dem Jahr 2006 mit jenen aus dem Jahr 2016 vergleichen, da zwischenzeitlich doch ganz andere Zahlen vorhanden sind.

Ein anderer Punkt, den ich noch ganz kurz ansprechen möchte, betrifft die wichtigen Aufgaben, die von der IMBY geleistet werden – das wissen Sie alle –, zum Beispiel die zahlreichen An- und Verkäufe von Grundstücken und Bestellungen oder auch Löschungen dinglicher Rechte. Insbesondere nenne ich das Thema Erbbaurecht, über das wir bei uns im Ausschuss sehr ausführlich diskutieren und beraten. Ich nenne auch den Abschluss von Miet-, Pacht- oder sonstigen Überlassungsverträgen, momentan natürlich ganz aktuell aufgrund der Asylunterbringung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage noch einmal, dass gerade in diesem Bereich von der IMBY sehr gut gearbeitet wird.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das kann man wirklich nicht behaupten!)

Ich nenne auch die Betreuung zahlreicher Sonderprojekte wie zum Beispiel BOS Digitalfunk und so weiter und so fort.

– Frau Kamm, Sie können sich nach meiner Rede gern zu Wort melden.

Meine Damen und Herren, die Erstellung zahlreicher Unterbringungsempfehlungen ist eine ganz neue Aufgabe, die es früher nicht gegeben hat und bei der die IMBY gut arbeitet. Wir sprechen immerhin von circa 190 Fällen pro Jahr.

Abschließend sage ich aus voller Überzeugung, meine sehr verehrten Damen und Herren: Auch wenn natürlich immer wieder entsprechende Probleme auftreten, die wir überall haben, ist unsere staatliche Immobilienverwaltung in Bayern im Großen und Ganzen gut aufgestellt.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank, Herr Herold. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Herold, vielleicht liegt die Leerstandsquote ja daran, dass die IMBY nicht alle Leerstände kennt. Anders kann ich mir das nicht erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und nein, man kann die Mieten 2016 nicht mit den Mieten 2006 vergleichen. Das habe ich aber auch nicht getan. Ich habe den Anstieg dieser Mieten mit dem Anstieg anderer Mieten verglichen. Der Anstieg dieser Mieten ist um einiges höher. Es ist tatsächlich so, dass bei staatlichen Gebäuden über diesen Zeitraum nun 50 % mehr Miete

gezahlt wird. Das ist der Punkt, um den es geht. Sie können sich meine Anfrage noch einmal zu Gemüte führen und prüfen, wie oft als Antwort darauf steht: Das kann ich leider nicht sagen, weil es dazu keine Zahlen gibt. Ich frage mich, warum extra eine IMBY gegründet worden ist, wenn es keine Zahlen gibt, wenn man nicht weiß, dass in Wasserburg ein Gebäude leer steht, obwohl die Belegung der zweiten Turnhalle im Gespräch ist.

Ich nenne keine Namen, wer während meiner Rede gerade durch lautloses Artikulieren Zustimmung dazu gezeigt hat, dass man die IMBY abschaffen sollte. Im Landtag darf man ja nicht "verscheißern" sagen. Herr Herold, Sie wissen doch ganz genau, dass es in Ihrer Fraktion massiv Stimmen gibt, die wollen, dass die IMBY abgeschafft wird. Das ist mein letzter Satz dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hans Herold (CSU): Diese Stimmen mag es bei Ihnen geben. Bei uns habe ich sie bisher noch nicht in diesem Umfang gehört.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Güller.

Harald Güller (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die beiden Reden gehört hat, meint man, sich in zwei verschiedenen Welten zu befinden. Kollege Herold, so schön brauchen wir uns die IMBY jetzt auch wieder nicht zu reden. Natürlich gibt es die Beispiele, die Kollegin Stamm gebracht hat. Ich kann Ihnen dazu auch eine ganze Menge Beispiele aus der Region Augsburg nennen. In Gablingen bei Augsburg wird eine neue JVA in Betrieb genommen, und die Karmelitengasse und das Hochfeld in Augsburg stehen dann ganz plötzlich leer, und dann heißt es, dass man jetzt langsam darüber nachdenke, was man daraus macht. Erst diese Woche hatten wir im Haushaltsausschuss das Thema Bayernkolleg. In zwei bzw. drei Jahren steht dann ein Grundstück leer. Was stand in der Sitzungsvorlage? – Wir denken darüber nach, wie

eine Nachnutzung sein könnte. – Entschuldigung! Das können wir uns doch nicht schönreden.

Wo ich nicht ganz der Auffassung der Kollegin Stamm bin, das betrifft den Grund für die Versäumnisse. Das liegt nicht am Unvermögen der Mitarbeiter, sondern das liegt am Konstruktionsfehler, den die IMBY seit ihrer Gründung aufweist. Sie ist nämlich eine reine Service-Leisterin für die einzelnen Ressorts und ist somit auch permanent von den einzelnen Ressortinteressen abhängig. Die IMBY müsste eigentlich eine andere Aufgabenstellung haben. Die IMBY müsste direkt Artikel 106 der Bayerischen Verfassung verpflichtet sein, wonach der Freistaat auch für die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum zuständig ist. Das würde das eine oder andere Mal auch bedeuten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht warten, bis von den einzelnen Ressorts irgendwelche Anforderungen oder Freigaben kommen, sondern dass sie von sich aus tätig werden. Das erwarten wir von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall bei der SPD)

Dass bei dem einen oder anderen Mitarbeiter etwas Luft nach oben sein kann, ist wie in jedem Unternehmen der Fall. Das ist aber nicht das Hauptproblem. Das Hauptproblem ist, dass der Freistaat Bayern die IMBY genauso wenig einsetzt wie andere staatliche Beteiligungen, wie die Stadibau, die Gesellschaft für den Staatsbediensteten-Wohnungsbau, die uns zu 100 % gehört, das Siedlungswerk Nürnberg, das uns immerhin zu 87,16 % gehört oder die BayernGrund, eine Gesellschaft, die für Grundstücksbeschaffungs- und -erschließungswesen zuständig sein könnte und die uns auch zu 25 % gehört. All diese Instrumente werden politisch nicht dazu eingesetzt, um den Kommunen in der schwierigen wohnungsbaupolitischen Situation in Bayern zu helfen, neuen Wohnraum zu schaffen. Das ist das Problem, um das es heute geht.

(Beifall bei der SPD)

Ein Teil dieses Problems – deswegen stimmen wir auch dem Antrag der GRÜNEN zu – ist die Aufstellung der IMBY. Ich glaube, die gesetzlichen Grundlagen müssen tat-

sächlich überarbeitet werden. Die Aufgabenstellung muss neu definiert werden. Uns hätte es besser gefallen – das habe ich für die SPD im Ausschuss auch so gesagt –, wenn das Ganze ein Prüfauftrag wäre, damit wir dann im Haushaltsausschuss und den anderen Ausschüssen des Bayerischen Landtags insgesamt darüber diskutieren können, wie wir den Wohnungsbau, die Gebäudebewirtschaftung und die Grundstücksbewirtschaftung neu aufstellen können, statt nur wie jetzt praktisch die Abschaffung der IMBY zu fordern. Aber auch wenn der Antrag nicht geändert wird, stimmen wir ihm dennoch in dieser Form zu.

Nichtsdestoweniger wird es sicherlich nicht das letzte Mal sein, dass wir in diesem Hause über dieses Thema diskutieren. Es kann auch sein – davon bin ich eigentlich überzeugt –, dass wir auch Artikel 63 und Artikel 64 der Bayerischen Haushaltsordnung und insbesondere die Grundstückverkehrsrichtlinien und die Verwaltungsvorschriften, die auf diesen Artikeln der Haushaltsordnung beruhen, ändern müssen. Wir müssen bei der Bearbeitung von Vorgängen flexibler werden. Dann müssen und können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IMBY zeigen, dass sie proaktiv arbeiten und nicht warten, bis ein Grundstück endlich von einem Ministerium freigegeben wird – im Fall der JVA Augsburg wurde das Grundstück, nachdem von mir als Abgeordnetem nachgefragt wurde, schließlich endlich freigegeben. Obwohl heute keine Nutzung mehr vorhanden ist, gibt es noch keine neuen Bebauungspläne. In Augsburg gibt es aber einen riesigen Bedarf an kostengünstigem sozial gebundenem Wohnraum und an kostengünstigem Wohnraum für junge Familien. Die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Augsburg, mit der man schon lange hätte vereinbaren können, dass man das Grundstück übergibt, wird vom Freistaat nicht unterstützt.

Das sind die Inflexibilitäten, die heute anzusprechen sind. Kollege Herold, da kann man nicht Kleister darüber pappen und sagen: Alles ist gut, und wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. – Ja, man kann den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken; sie machen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten das ihnen Mögliche.

Wir als Bayerischer Landtag sind aber gefordert, Änderungen herbeizuführen. Dazu dient auch der Antrag der GRÜNEN.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Herr Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der GRÜNEN nennt die Ziele Kostensenkung, Optimierung der Nutzung der staatlichen Gebäude und Vermeidung von Leerständen. So weit, so gut. Aber im Kern lautet die Forderung, dies alles durch eine Neustrukturierung der IMBY zu erreichen. Wir haben den Antrag schon im Haushaltsausschuss abgelehnt und werden ihn auch heute ablehnen, weil allein die Neustrukturierung mitnichten gewährleistet, dass die problematischen Verhältnisse, die wir sehen, verbessert und geklärt werden. Unsere Ablehnung bedeutet aber nicht, dass wir wie der Kollege Herold im Wesentlichen meinen, dass es mit der IMBY schon rundläuft und wir mit der Bewältigung der Aufgabe zufrieden sein können.

(Hans Herold (CSU): Im Großen und Ganzen!)

– Auch nicht im Großen und Ganzen, weil es schon eine ganz erhebliche Kritik und Missstimmung infolge der Zusammenarbeit mit der IMBY gibt. Dazu sind Beispielfälle genannt worden. Wohl jeder von uns kann dazu noch den einen oder anderen ergänzen; das will ich an dieser Stelle lassen.

Wir hielten ein anderes Vorgehen für richtig. Es scheint mir etwas aktionistisch zu sein, im Antrag festzustellen, dass es nicht gut läuft, und eine Umstrukturierung vorzusehen. Auch wir hätten es begrüßt, wenn wir erst einen Prüf- und einen Berichtsantrag vorgeschaltet hätten. Leider hat die CSU im Ausschuss schon bedeutet, dass auch das nicht die Zustimmung der CSU fände. Das halten wir in der Tat für falsch. Man könnte eine ganze Reihe von Problemen in der Zusammenarbeit mit der IMBY, die

schon erläutert worden sind, etwas genauer betrachten und analysieren und danach über die Frage diskutieren, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Ich will nur ein paar Beispiele nennen. Ganz allgemein geht es um die Reaktionszeiten, die Geschwindigkeiten, mit denen in der Zusammenarbeit mit der IMBY Lösungen gefunden werden können. Gerade dann, wenn in schwierigen Zeiten zusätzliche Räumlichkeiten schnell organisiert werden sollen, kann man sich eine schnellere Reaktion wünschen. Das haben wir im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen landauf, landab erlebt. Das ist jetzt nicht die allererste Aufgabe; das ist mir schon bewusst. Die Dienstleistungshaltung wäre dann auch gegenüber den Kommunen durchaus in anderer Art und Weise spürbar geworden. Das haben wir bei vielen anderen staatlichen Behörden, beispielsweise bei den Regierungen, in ganz anderer und besserer Art und Weise erlebt.

Eine zentrale Fragestellung ist heute schon angesprochen worden: die Abgrenzung zu den Fachressorts, zu der Aufgabenverteilung zwischen der IMBY und den einzelnen Ministerien und nachgeordneten Behörden. Wenn immer erst die Befindlichkeiten und Erwartungen der Fachressorts zu berücksichtigen und ihr Bedarf abzufragen ist und die Fachressorts daran festhalten können, dass sie für eigene Zwecke die Gebäude und Grundstücke brauchen, ist das möglicherweise der Sache nicht so dienlich, wie es bei der Grundaufstellung der IMBY eigentlich vorgesehen war. Insofern ist eine umfassende Kritik der Aufgaben, die die IMBY zu leisten hat, vorzuschalten, und die Frage, welchen Überblick hinsichtlich der Kataster diese Behörde denn haben soll, ist zu prüfen. Damit beziehe ich mich sowohl auf das Immobilien- und Grundstückskataster als solches als auch auf ein Leerstandskataster. All dies fehlt bzw. ist zu verbessern. Da müssen wir ansetzen.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, über die Frage nachzudenken, ob man mit einer Umformulierung des Antrags zu einem Bericht kommen soll, der eine Grundlage für die Verbesserung des Prozesses sein kann; denn Verbesserungsprozesse, lieber Kollege Herold, sind gerade auch bei der IMBY vonnöten. Die Ablehnung

des heutigen Antrags, die sich abzeichnet und die wir mittragen werden, kann nicht das Ende der Diskussion bedeuten, sondern wir müssen einen neuen Einstieg finden, der zu konstruktiven und guten Ergebnissen im Interesse aller, die sich in ihrer Arbeit mit staatlichen Gebäuden und Grundstücken befassen, münden kann. In diesem Sinne kündige ich an dieser Stelle die Ablehnung des Antrags an, halte aber fest, dass es sich um eine Aufgabe handelt, der wir uns stellen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den aufgerufenen Antrag. Sie erfolgt in namentlicher Form. Sie haben fünf Minuten Zeit. Bitte nehmen Sie danach wieder Platz; eine weitere namentliche Abstimmung und weitere einfache Abstimmungen folgen.

Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 17.14 bis 17.19 Uhr)

Die Zeit ist um. Die Stimmen werden außerhalb des Sitzungssaals ausgezählt. Ich darf Sie jetzt bitten, wieder Platz zu nehmen. Wir führen jetzt drei einfache Abstimmungen und am Schluss noch eine namentliche Abstimmung durch. Dann ist die Tagesordnung der Sitzung abgearbeitet. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was wird jetzt abgestimmt?)

Zuerst führen wir die einfachen Abstimmungen durch, am Schluss die namentliche. Ich rufe erst dann zu den Abstimmungen auf, wenn alle Platz genommen haben und wissen, worüber sie abstimmen.

(Unruhe)

So, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dürfen wir dann beginnen? Ich werde jetzt den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/10748 zur einfachen Abstimmung stellen. Das

ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "ORH-Bericht zum Flughafen München". Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/10768 betreffend "Vollständige Informationen zum Terminal 2 am Münchner Flughafen". Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/10770 abstimmen. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "ORH-Bericht zum Flughafen München". Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/10769, über den in namentlicher Form abgestimmt wird. Weil ja alle hier sind: Sind Sie mit drei Minuten einverstanden? – Dann beginnen wir.

(Namentliche Abstimmung von 17.22 bis 17.25 Uhr)

Drei Minuten sind um. Wir schließen die Abstimmung und zählen außerhalb des Sitzungssaales aus.

Ich teile Ihnen mit, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/10749 bis 17/10751 und 17/10753 bis 17/10756 sowie 17/10771 bis 17/10773 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden.

Wir sind mit der Tagesordnung am Ende. Das Präsidium bleibt aber noch hier, weil wir das Ergebnis der namentlichen Abstimmung noch verkünden müssen. Denen, die dringend zum Zug müssen, können wir es, glaube ich, erlauben zu gehen. – Aber die Ergebnisse liegen schon vor. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Claudia Stamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Staatliche Immobilienverwaltung neu aufstellen", Drucksache 17/9927, bekannt. Mit Ja haben 52 gestimmt, mit Nein haben 84 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Wir unterbrechen kurz und warten auf das andere Ergebnis.

(Unterbrechung von 17.26 bis 17.30 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Freller, Peter Winter und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "ORH-Prüfung zum Flughafen München" auf Drucksache 17/10769 bekannt. Mit Ja haben 138 Abgeordnete gestimmt, mit Nein keiner. Stimmenthaltungen gab es auch nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Dann sind wir fertig und am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg und schließe jetzt die Sitzung.

(Schluss: 17.31 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2016 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Staatliche Immobilienverwaltung neu aufstellen (Drucksache 17/9927)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric			
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
Brückner Michael			
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva		X	
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter			
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	84	0